



**Nachtragshaushalt 2010 verfassungswidrig Seite 4-5**

Ausgaben dürfen nicht auf Pump finanziert werden



**Studienbeiträge beibehalten**

**Seite 3**

**Integrationsgesetz endlich vorlegen!**

**Seite 6**

**Brennelementekugeln**

**Seite 7**

# liberal.nrw

liberal.nrw | Das FDP-Magazin von Partei und Fraktion in Nordrhein-Westfalen 1|2011



Daniel Bahr,  
Landesvorsitzender der FDP  
in Nordrhein-Westfalen

### Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

hinter der FDP liegen schwere Wochen. Zwar konnten wir zunächst solide in das Jahr starten, mit über 1 100 Gästen einen sehr gut besuchten Neujahrsempfang in Düsseldorf verzeichnen und auch bei der Wahl in Hamburg gut abschneiden. Aber die Ergebnisse der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg waren zweifelsohne ernüchternd und bei Weitem nicht zufriedenstellend. Natürlich begründet sich das schwache Abschneiden auch in vielen Einflüssen von außen, gerade der schrecklichen Katastrophe in Japan. Aber die Ergebnisse haben uns auch zur Selbstkritik verpflichtet.

Vor uns liegt nun der Bundesparteitag der FDP in Rostock. Diesen müssen wir für neuen Schwung nutzen. Das Präsidium der FDP wird in weiten Teilen erneuert, und auch inhaltlich wollen wir gestärkt aus dem Parteitag hervorgehen. Unsere tägliche Arbeit in der Berliner Koalition und erst recht die Politik der rot-grünen Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen zeigen, dass der Liberalismus kein Auslaufmodell ist. Die Politik auf allen Ebenen braucht auch weiterhin ein starkes Freiheitskorrektiv – sogar dringender denn je. Wir vertrauen auch weiterhin zuerst den Bürgern und wollen keinen staatlichen Zwangs-Rundumschutz. Die Vertrauenskrise, in der sich die FDP befindet, ist keine Absage an liberale Ideen und Konzepte, vielmehr muss es uns besser gelingen, unsere liberale Handschrift täglich besser sichtbar zu machen. Auch dieses Signal muss und wird von Rostock ausgehen: Mit den Liberalen ist weiterhin zu rechnen!

Ihr

Daniel Bahr

### Meldungen aus der NRW-Landesgruppe im Deutschen Bundestag



**Michael Kauch**, Sprecher für Umweltpolitik und Vorsitzender des Arbeitskreises V Infrastruktur und Umwelt der FDP-Bundestagsfraktion:

Die FDP-Bundestagsfraktion hat mit einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe ihre Beratungen zur beschleunigten Energiewende aufgenommen. Denn der Ausstieg aus der Kernkraft darf nicht auf Kosten von Klimaschutz und Versorgungssicherheit gehen. Außerdem müssen Anstrengungen unternommen werden, dass die Strompreise bezahlbar bleiben. Das bedeutet, es müssen Tabus gebrochen und realistische Maßnahmen mit wirtschaftlichem Verstand getroffen werden. Wer rauswill aus der Kernkraft, darf sich alternativen Technologien nicht verschließen. Dazu gehören neue Stromtrassen ebenso wie z. B. mehr Windkraft-Anlagen, mehr Biogas-Anlagen, neue hocheffiziente Kohle- und Gaskraftwerke und die Erprobung von Technologien wie der CO<sub>2</sub>-Abscheidung.



**Gisela Piltz**, innenpolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion:

Die Bundesregierung hält weiter Kurs bei der Novellierung des Datenschutzes. Denn der Datenschutz ist untrennbar mit dem Schutz der persönlichen Freiheit verbunden. Dies gilt im heutigen vom Internet geprägten Alltag mehr denn je. Es ist dringend an der Zeit, die ausufernden präventiven Datensammlungen zur vermeintlichen Herstellung von Sicherheit einzudämmen. Datenschutz ist dann gewährleistet, wenn die Daten des Einzelnen gar nicht erst erhoben werden, sondern wahrhaftig geschützt bleiben. Die christlich-liberale Koalition steht wie keine Bundesregierung zuvor für die Modernisierung des Datenschutzrechts und hat u. a. mit der Errichtung der Stiftung Datenschutz gezeigt, dass ihr dieses Thema ein zentrales Anliegen ist und bleibt.



**Johannes Vogel**, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion:

Das gesamte Jahr 2010 war das beste für den Arbeitsmarkt seit 1992. Und auch in diesem Jahr verfestigt sich der positive Trend am Arbeitsmarkt. Auch in der Zeitarbeitsbranche ist genau das eingetreten, was die FDP immer vorausgesagt hat. Mit dem Aufschwung übernehmen Unternehmen mehr Zeitarbeitnehmer in ihre Stammebelegschaft. Der sogenannte Klebeeffekt sorgt also dafür, dass Menschen dauerhaft in den Unternehmen bleiben und dort arbeiten können. Das ist gerade jetzt eine große Chance, noch mehr Arbeitslosigkeit abzubauen und bessere Perspektiven zu schaffen

Die aktuellsten Meldungen der FDP-Bundestagsfraktion finden Sie im Internet unter: [www.fdp-fraktion.de](http://www.fdp-fraktion.de)



# Abschaffung der Studienbeiträge verschlechtert die Qualität der Lehre

Mit den Stimmen der Linken haben SPD und Grüne im Düsseldorfer Landtag beschlossen, die sozialverträglichen Studienbeiträge in Nordrhein-Westfalen zum Wintersemester 2011 abzuschaffen. Nun droht in NRW eine massive Verschlechterung der Qualität der Lehre.



Marcel Hafke,  
Sprecher für  
Wissenschaft,  
Hochschule, Innovation  
und Technologie  
der FDP-Fraktion  
im Landtag  
Nordrhein-Westfalen

„Die Studenten sind die Verlierer, weil sich die Studienbedingungen massiv verschlechtern werden“, konstatiert Marcel Hafke. Der hochschulpolitische Sprecher der FDP-Fraktion fordert die Beibehaltung beziehungsweise eine Fortentwicklung des Studienbeitragsmodells. „Die Abschaffung von Studienbeiträgen erhöht die Chancengerechtigkeit nicht, sondern sie vermindert sie“, sagt der ehemalige Wissenschaftsminister Andreas Pinkwart. „Das hat mit sozialer Gerechtigkeit nichts zu tun. Der Handwerksmeister und die Krankenschwester müssen künftig die Ausbildung für den Oberarzt bezahlen.“ Das ist aus Sicht der FDP unsozial.



Andreas Pinkwart,  
Innovations- und  
Wissenschaftsminister  
des Landes Nordrhein-  
Westfalen a.D.

Unter Verantwortung von Wissenschaftsminister Andreas Pinkwart haben FDP und CDU in ihrer Regierungsverantwortung für Nordrhein-Westfalen das sozialverträglichste Studienbeitragsmodell bundesweit entwickelt. Das wurde von Experten immer wieder bestätigt. Schwarz-Gelb hatte den NRW-Hochschulen ermöglicht, bis zu 420 Millionen Euro netto für bessere Lehre zu erheben. Davon konnten die Universitäten mehr Lehrkräfte, zusätzliche Tutorien oder auch besser ausgestattete Bibliotheken und moderne Labore finanzieren. Ab dem Wintersemester drohen der Verlust zahlreicher zusätzlich geschaffener Arbeitsplätze und erhebliche Verschlechterungen der Studienbedingungen. Das geht besonders zu Lasten junger Menschen aus einkommensschwachen Familien, bemängelt Pinkwart. „Gerade diejenigen jungen Menschen, die in den vergangenen Jahren durch die Studienbeiträge ein deutlich besseres Studium erhalten haben, ohne sie aufgrund der Sozialklausel selbst bezahlen zu müssen, bleiben nun auf der Strecke.“

Kompensationsmittel bei weiter steigenden Studierendenzahlen auf 249 Millionen Euro“, erklärt Hafke. Viele Hochschulen werden durch das rot-grüne Gesetz bis zu 20 Prozent weniger Mittel für die Verbesserung der Studienbedingungen haben. In den kommenden Jahren wird die Finanzierungslücke steigen, weil durch die Aussetzung der Wehrpflicht und den doppelten Abiturjahrgang mehr junge Menschen ein Studium aufnehmen werden. Die Hochschulexperten kritisieren zudem, dass die Verteilung der Kompensationsmittel ungerecht ist. „Auch Hochschulen, die bisher keine Studienbeiträge erhoben haben, bekommen Geld. Verlierer sind die Hochschulen, die bislang den Höchstsatz in die Lehre investiert haben. Diese werden für ihre guten Angebote von Rot-Rot-Grün bestraft.“

Eine moderate Beteiligung an den Kosten des Studiums hält junge, talentierte Menschen nicht vom Studium ab, verweist Hafke auf Studien und Zahlen des Wissenschaftsministeriums. „Seit Einführung der Studienbeiträge ist die Zahl der Arbeiterkinder, die ein Studium aufnehmen, kontinuierlich gestiegen. Auch die Zahl der jungen Menschen insgesamt, die sich an den Hochschulen einschreiben, ist stärker gestiegen als die Zahl der Hochschulzugangsberechtigten“, erklärt Hafke. Die FDP nimmt jedoch die subjektiven Sorgen der Studenten ernst. Deshalb hat die Fraktion eine Weiterentwicklung des Studienbeitragsmodells vorgeschlagen. Hafke: „Wir wollen, dass Studenten ihre Studienbeiträge nachgelagert zurückzahlen können, und zwar zinsfrei und einkommensabhängig. Damit wird die Belastung vermindert und in die Phase finanzieller Leistungsfähigkeit verschoben.“ SPD und Grüne haben sich im Parlament aber nicht auf eine konstruktive Weiterentwicklung eingelassen, sondern ihr Wahlgeschenk auf Kosten der Qualität der Lehre und zu Lasten kommender Generationen durchgedrückt, bedauert Hafke.

Der Wegfall der Studienbeiträge wird komplett über neue Schulden finanziert und deckt nicht den Bedarf der Hochschulen. „Rot-Grün deckelt die

# Historischer Erfolg der FDP vor dem Verfassungsgerichtshof



Angela Freimuth, Sprecherin für Haushalt und Finanzen der FDP-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen, Vizepräsidentin des Landtags



Gerhard Papke, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen

**Die FDP-Landtagsfraktion hat gemeinsam mit der CDU gegen den rot-grünen Nachtragshaushalt 2010 vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster geklagt – und auf ganzer Linie Recht bekommen. Mit dem Urteil ist erstmals der Vollzug eines laufenden Haushalts unterbunden worden.**

regierung jedoch untersagt worden, die zusätzlich geplanten Schulden in Höhe von 1,8 Milliarden Euro aufzunehmen. Kritik hatten die Verfassungsrichter insbesondere an den kreditfinanzierten milliardenschweren Rücklagen geübt, die Rot-Grün zur leichteren Finanzierung von Wahlgeschenken in den kommenden Jahren vorgesehen hatte. Klargestellt haben die Juristen darüber hinaus, dass sie eine Umgehung der Schuldenregel in der Landesverfassung nicht dulden. Rot-Grün hatte diese Grenze um nahezu das Doppelte überschritten und dies in unzulänglicher Weise mit einer vermeintlichen Abwehr der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts begründet.

FDP-Fraktionschef Papke betont: **„Noch nie in der Geschichte des Landes ist eine Regierung derart abgestraft worden wie Rot-Grün. Die Landesregierung muss nun eine Kehrtwende in der Haushaltspolitik vollziehen. Frau Kraft muss ihren Marsch in den Verschuldungsstaat sofort beenden.“** FDP-Haushaltsexpertin Angela Freimuth sieht in dem Urteil einen Sieg für die nachfolgenden Generationen.

Am 15. März 2011 hat der Verfassungsgerichtshof in Münster der Klage von FDP und CDU stattgegeben und den rot-grünen Etat mit einer Rekordverschuldung von 7,1 Milliarden Euro für verfassungswidrig erklärt. Mit diesem Urteil hat das Gericht der Landesregierung eine schwere Niederlage bereitet. FDP-Fraktionschef Gerhard Papke erklärte nach dem Urteilsspruch:

**„Das Urteil ist ein großartiger Erfolg für die klare Haltung der FDP. Das Gericht hat bestätigt, dass der Nachtragshaushalt 2010 verfassungswidrig und deshalb nichtig ist. Damit ist die Verschuldungspolitik von Rot-Grün amtlich gescheitert.“**

Mit Unterstützung der Linksextremisten hatten SPD und Grüne die Neuverschuldung per Nachtragshaushalt auf 7,1 Milliarden Euro anheben wollen. Durch den Urteilsspruch ist es der Landes-

**„Das Gericht hat sie davor bewahrt, noch Jahre und Jahrzehnte die Zinsen für neue Schulden zu zahlen, die SPD und Grüne ohne Not und unter Bruch der Verfassung aufnehmen wollten.“** Im Urteil des VGH heißt es: **„Sie [die Verfassungsgrenze] dient dem Schutz zukünftiger Generationen vor unbeschränkter Vorwältigung staatlicher Lasten. Bürger und Parlamente der Zukunft sollen davor bewahrt werden, den zur Bewältigung dann anstehender Probleme nach ihren Maßstäben benötigten finanziellen Handlungsspielraum zu verlieren.“**

Trotz des eindeutigen Urteils will die rot-grüne Landesregierung auch im Haushalt 2011 nicht von ihrer falschen Schuldenpolitik lassen. Und es ist ausschließlich dem massiven öffentlichen Druck von FDP und CDU geschuldet, dass die Regierung die sprudelnden Steuermehreinnahmen überhaupt

dazu verwendet, weniger Schulden aufzunehmen als zunächst geplant. Sparwille ist leider nicht erkennbar. Stattdessen greift Rot-Grün mit der Erhöhung der Grunderwerbsteuer und der Wassersteuer Bürgern und Betrieben tief in die Tasche.

Allein 1,1 Milliarden Euro im Haushalt 2011 sind für den so genannten „Politikwechsel“ der Ministerpräsidentin (Abschaffung der Studienbeiträge, beitragsfreies Kitajahr usw.) vorgesehen. **„Die Zeche für diese Politik zahlen die Steuerzahler und die Studierenden“**, bemängelt Freimuth. Die FDP-Haushaltsexpertin fordert SPD und Grüne auf, endlich die Aufnahme einer Schuldenbremse in die Landesverfassung umzusetzen und eine seriöse Haushaltsplanung vorzulegen. Klar ist für Freimuth aber, dass ein verfassungskonformer ausgeglichener Haushalt ohne eigene Sparanstrengungen und Abbau des strukturellen Defizits nicht erreicht werden kann. Die FDP wird in einem ersten Schritt zur dritten Lesung des Haushalts 2011 eigene Sparvorschläge unterbreiten.

# FDP fordert Kurswechsel der Landesregierung

**Nach dem Urteil des Landesverfassungsgerichts fordert die FDP von der Regierung einen Kurswechsel in der Landespolitik: Rot-Grün muss endlich das Sparen lernen!**

Der Wirtschaftsaufschwung in Deutschland beschert dem Staat deutliche Steuermehreinnahmen. Doch während die schwarz-gelbe Bundesregierung mit ihrem ehrgeizigen Zukunftspaket aktiv an der Absenkung der Neuverschuldung arbeitet, lehnt sich in NRW die rot-grüne Regierung beinahe tatenlos zurück. FDP-NRW-Generalsekretär Joachim Stamp kritisiert:

**NRW braucht einen Kurswechsel, keine Neuwahlen**

Vertreter der CDU hatten bereits angekündigt, für den Fall einer Klage gegen den rot-grünen Haushalt Neuwahlen im bevölkerungsreichsten Bundesland Deutschlands zu beantragen. Bahr und Stamp kritisieren diese Festlegung:

**„Zwar kann auch in NRW die Neuverschuldung für das laufende Jahr gesenkt werden. Dabei kommen der Landesregierung aber allein die höheren Steuereinnahmen zugute – vom Willen zum Sparen keine Spur!“**

**„Jeder in NRW ist doch diese ewige Neuwahldebatte und das Parteiengeplänkel von CDU und SPD leid!“**

Neuwahlen, so die beiden Liberalen, würden nicht die Probleme des Landes lösen. Daniel Bahr erklärt:

**„Wir haben doch erst vor nicht einmal einem Jahr in NRW gewählt. Das entscheidende Problem ist doch, dass diese Regierung eine falsche Politik macht. Neuwahlen gleichen den Landshaushalt nicht aus. Die Regierung muss endlich einen Kurswechsel vornehmen!“**

Dabei hatte das Landesverfassungsgericht im März nicht nur den Nachtragshaushalt der rot-grünen Regierung für das Jahr 2010 für nichtig erklärt, sondern auch Auflagen für den Haushalt 2011 gemacht (siehe auch Artikel auf der linken Seite). Nach aktueller Planung liegt die geplante Neuverschuldung knapp unter 5 Milliarden Euro. Nach den Vorgaben der Landesverfassung wäre eine Neuverschuldung in Höhe der Investitionen des Landes, also rund 3,8 Milliarden Euro, erlaubt. FDP-Landesvorsitzender Daniel Bahr kündigt an:

**„Wir werden den Haushalt danach bewerten, ob er gegen die Vorgaben des Gerichts verstößt. Nach dem Haushaltsbeschluss werden wir in Ruhe prüfen, ob wir erneut Klage einreichen.“**

Zugleich betonen Bahr und Stamp, dass die FDP im Sinne des Landes immer für konstruktive Gespräche bereitstehe. Voraussetzung dafür wäre aber, dass die Regierung ihren Kurs ändert.

**„Und das sehe ich im Moment leider gar nicht – im Gegenteil“,** so der Landesvorsitzende Bahr. **„Rot-Grün steht für eine Mega-Verschuldung, Chaos bei der Suche nach Atomkugeln in Jülich, drohenden Arbeitsplatzabbau durch eine Klimaschutzpolitik, die völlig über das Ziel hinausschießt, und eine ideologische Schulpolitik, die am Parlament vorbei die Einheitschule durchdrücken will.“**



Daniel Bahr, Landesvorsitzender der FDP-NRW



Joachim Stamp, Generalsekretär der FDP-NRW

# Integrationsgesetz für Nordrhein-Westfalen jetzt vorlegen

Joachim Stamp, Generalsekretär der FDP-NRW



Während sich die FDP in Nordrhein-Westfalen intensiv mit der Weiterentwicklung der Integrationspolitik beschäftigt, führt dieses Thema unter der rot-grünen Minderheitsregierung ein Schattendasein.

So wurden nicht nur der überparteiliche Integrationsbeirat und der Integrationsbeauftragte der Landesregierung abgeschafft, auch sonst herrscht Stillstand. Dies ist bei diesem brisanten Thema unverantwortlich. Erfolgreiche Integrationspolitik ist eine Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche.

Da Erfolg oder Misserfolg sich insbesondere im Alltag vor Ort zeigt, ist nicht zuletzt die Kommunalpolitik gefordert. Im Bereich der frühkindlichen Sprachförderung, der Stadtteilpolitik, der Jugend- und Sozialpolitik gibt es in manchen Kommunen bereits erhebliche Erfolge.

Doch sie bleiben Stückwerk, wenn sie nicht systematisiert und vernetzt werden und einen umfassenden rechtlichen Rahmen erfahren. Insofern ist es ein integrationspolitischer Offenbarungseid, dass Rot-Grün in NRW bis heute nicht in der Lage ist, ein Integrationsgesetz vorzulegen, zumal der Gesetz-

entwurf bereits von der vorherigen CDU/FDP-Landesregierung intensiv vorbereitet worden war. Die FDP erwartet daher, dass sich die Minderheitsregierung endlich ihrer Verantwortung stellt und dieses Gesetz schnellstmöglich auf den Tisch legt!

## Den Fokus erweitern

Daniel Bahr über die Neuaufstellung der FDP, die Bedeutung der Bildungspolitik und warum Steuererleichterungen nach wie vor nötig sind



Daniel Bahr, Landesvorsitzender der FDP-NRW

Herr Bahr, Guido Westerwelle hat angekündigt, auf dem Bundesparteitag der FDP in Rostock nicht erneut für den Bundesvorsitz zu kandidieren. Was bedeutet das für die FDP?

Ich danke Guido Westerwelle für seine langjährige und erfolgreiche Arbeit für die FDP. Unter seiner Führung hat die Partei nach der sehr schwierigen Lage Ende der 90er-Jahre zu ungekannter Stärke gefunden. Jetzt müssen wir uns insgesamt neu aufstellen.

Was heißt das?

Ich begrüße die Kandidatur von Philipp Rösler. Ich bin mir sicher, dass wir mit ihm an der Spitze wieder Vertrauen zurückgewinnen werden. Aber der Wechsel des Kapitäns ist nur ein erster Schritt für eine Neuaufstellung. Die Partei erwartet personelle und inhaltliche Veränderungen, damit wir wieder an Stärke gewinnen. Dazu will ich auch selbst einen Beitrag leisten und werde für einen stellvertretenden Parteivorsitz kandidieren.

Über personelle Veränderungen wurde in den letzten Wochen viel gesprochen. Aber was muss sich in Ihren Augen denn inhaltlich tun?

Die FDP muss sich nicht neu erfinden. Unser Kompass bleiben auch weiterhin Freiheit und Verantwortung, ein klares Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft, starke Bürgerrechte und ein tolerantes, weltoffenes Gesellschaftsbild. Aber wir müssen unser Profil deutlicher machen. Zum Beispiel muss die Bildungspolitik ein Schwerpunkt werden. Wir fordern vom Einzelnen Leistung ein, müssen aber durch bessere Bildung für mehr Chancen sorgen.

Wie lässt sich das erreichen?

Echte Chancen von kleinauf sind die zwingende Voraussetzung für Leistung und dass jeder sein Potenzial entfalten kann. Wir müssen noch besser den Aufstieg durch Bildung ermöglichen. Zum Beispiel das Stipendiensystem, das auf Druck der FDP bundesweit eingeführt wurde, kombiniert eine materielle Unterstützung von Studierenden mit einem Leistungsanreiz. Wir brauchen noch mehr Instrumente, die den Aufstieg fördern und Leistung belohnen. Dieses Thema bietet uns als Partei auch eine große Chance, weil wir sehen, dass in den Ländern ohne FDP-Regierung das Gegenteil gemacht wird: Einheitsschule in NRW, Verlosung von Gymnasialplätzen in Berlin und gestrichene Lehrerstellen in Baden-Württemberg.

Wenn Sie das Thema Chancen und Bildung stärker betonen wollen, rückt dann die Wirtschafts- und Steuerpolitik in die zweite Reihe?

Nein, gar nicht. Wirtschaftliche Vernunft und soziale Verantwortung schließen einander nicht aus – im Gegenteil. Die bisherigen Steuererleichterungen waren ein erster Schritt, aber das kann uns noch nicht reichen. Wenn Wachstum und Haushaltskonsolidierung so weitergehen, sehe ich eine Perspektive für Steuerentlastungen im Jahr 2012 oder 2013. Das Ziel bleibt klar: mehr Leistungsgerechtigkeit schaffen, sodass einem Durchschnittsverdiener von einer Gehaltserhöhung mehr als die Hälfte bleibt.

# Frühjahrsklausur der FDP-Fraktion am Möhnesee

Der rot-grüne Schuldenhaushalt 2011 stand im Mittelpunkt der diesjährigen traditionellen Frühjahrsklausur der FDP-Landtagsfraktion. Wie kann der Haushalt konsolidiert werden? Wo können Kosten eingespart werden?



Diese Fragen zur Sanierung des Landeshaushalts beschäftigten die Abgeordneten bei ihrer zweitägigen Sitzung, die idyllisch gelegen im Kreis Soest am Möhnesee stattfand. Neben dem Studium von Zahlen und Fakten konnte die Fraktion an dem Wochenende aber auch bei Schwarzwälder Kirsch- und Schokotorte zwei „Geburtstagskinder“ feiern: den Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion, Ralf Witzel, sowie ihren ehemaligen Innenminister Ingo Wolf.

Die Konsolidierung von Kommunal- und Landesfinanzen stand dann wieder beim Fraktionsempfang zum Abschluss der Tagung im Vordergrund. FDP-Fraktionschef Gerhard Papke betonte in seiner Begrüßung:

„Wir kommen gerne in die verschiedenen Regionen, um im direkten Gespräch mitzubekommen, was die Themen und Probleme vor Ort sind. Das ist ein wichtiger Austausch, auf den sich die Fraktion freut.“

Papke erklärte, dass es sich für die FDP gerade auch in den Kommunen auszahle, den mühsamen, aber unverzichtbaren Weg der Haushaltssanierung zu gehen. „Eine solide Haushaltspolitik ist ein Markenzeichen der FDP. Dort, wo die FDP mitgestaltet, ist die Haushaltslage erkennbar besser als in Kommunen und Ländern, in denen andere in der Verantwortung stehen“, betonte der FDP-Fraktionschef mit Blick auf Möglichkeiten interkommunaler Zusammenarbeit.

## Brennelemente: FDP wirft Rot-Grün inszenierte Angstkampagne vor

Die FDP-Landtagsfraktion wirft der Landesregierung in der Debatte über den Verbleib von 2285 Brennelementekugeln aus dem Forschungszentrum Jülich eine gezielte Angstkampagne vor.



Dietmar Brockes, Sprecher für Wirtschaft, Mittelstand und Energie der FDP-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen

„Wer Regierungsmacht missbraucht, um Angstkampagnen zu inszenieren, kann nicht Minister sein.“ Eine klare Botschaft, die FDP-Fraktionschef Gerhard Papke in der Debatte über den Verbleib von 2285 Brennelementekugeln aus dem Forschungszentrum Jülich an Wissenschaftsministerin Svenja Schulze richtete. Die Sozialdemokratin hatte über Tage in der Öffentlichkeit den Eindruck vermittelt, es sei gefährlicher Atommüll aus dem Forschungszentrum Jülich verschwunden und mutmaßlich in der Asse gelandet. Tatsächlich stand jedoch nie außer Frage, dass das nukleare Material seit jeher in Jülich lagert.

Deshalb wirft die FDP-Landtagsfraktion der Ministerin eine inszenierte Angst- und Verunsicherungskampagne vor. Kritik übte FDP-Wirtschaftsexperte Dietmar Brockes aber auch an dem als Atomaufsicht zuständigen Wirtschaftsministerium, dem der Verbleib bekannt war. „Offenbar hat die Landesregierung aus politisch motiviertem Interesse bewusst Öffentlichkeit und Landtag getäuscht“, kritisierte er. Der Umgang des Wirtschaftsministeriums als Atomaufsicht mit hochsensiblen Daten sei unverantwortlich.

Was zunächst nach einem an sich schon peinlichen Abstimmungschaos zwi-

schen den verschiedenen Regierungssorts aussah, entpuppte sich in den zurückliegenden Wochen als handfester Regierungsskandal. Gerhard Papke: „Die Landesregierung hat ohne jede Scham das schlimme Unglück des japanischen Volkes für eine Angstkampagne missbraucht.“ Offensichtlich hatte die Wissenschaftsministerin problemlos verfügbare Informationen ignoriert, um gezielt zu manipulieren. Sollte sich bewahrheiten, dass die Ministerin eine mit dem FZ Jülich abgestimmte Antwort zum Verbleib des Materials nach dem Unglück in Japan aus dem Verkehr gezogen hat, muss sie aus Sicht der FDP zurücktreten.

# Die Qualität des Unterrichts ist wichtiger als die Schulform

Treffen liberaler Schulpolitiker in Düsseldorf als Diskussionsauftakt über Perspektiven der Bildungspolitik in NRW



„Die Schulpolitik wird ein beherrschendes Thema in der laufenden Legislaturperiode bleiben.“ Dies stellte der FDP-Landesvorsitzende Daniel Bahr gleich zu Beginn des Treffens liberaler Schulpolitiker in Düsseldorf klar. Der Landesverband hatte kommunale Schulpolitiker gemeinsam mit den Landtagsabgeordneten Ingrid Pieper-von Heiden und Ralf Witzel eingeladen, um in einer offenen Aussprache die aktuelle Schulsituation im Land und vor Ort zu besprechen. Neben der Kritik an der rot-grünen Gemeinschaftsschule wurde umfassend darüber debattiert, wie Qualitätsverlust verhindert und der demografischen Entwicklung begegnet werden kann.

Der sogenannte Schulversuch der grünen Ministerin Löhrmann, am Parlament vorbei mit der Gemeinschaftsschule perspektivisch eine Einheitsschule schaffen zu wollen, stieß auf einhellige Ablehnung. Gleichzeitig wurde jedoch auch Kritik an der Schulpolitik der Vergangenheit geübt, wo es nicht gelungen sei, adäquat auf den massiven Schülerrückgang und die fehlende Akzeptanz der Hauptschulen zu reagieren. *So berichteten mehrere Teilnehmer, dass es zwar erhebliche Vorbehalte gegenüber Gemeinschaftsschulen vor Ort gebe, angesichts der Angst um Standortschließungen aber Zusammenlegungen von Schulformen unabdingbar seien.* Da Rot-Grün die Gemeinschaftsschulen gegenüber Verbundschulen privilegieren, würden sich zunehmend Kommunen für das Gemeinschaftsschulmodell interessieren. Hier sei es für die FDP vor Ort schwer, da das eige-

ne Modell einer Regionalen Mittelschule nur theoretisch bestehe und nicht als Alternative beantragt werden könne. *So bestand große Einigkeit unter den Teilnehmern, dass das Konzept der Regionalen Mittelschule weiter konkretisiert werden müsse.* Zudem könne das FDP-Modell Basis für einen Kompromiss zwischen Rot-Grün und CDU und damit Grundlage für einen Schulfrieden sein. Denn auch hier waren sich alle einig: *Eltern, Schüler und auch Lehrer sind die jahrzehntelangen Strukturdebatten leid. In den Vordergrund müssten die Fragen rücken, wie wir die besten Lehrer gewinnen, die Qualität des Unterrichts optimieren und die besten Perspektiven für unsere Kinder ermöglichen können. Oder wie es ein Teilnehmer unter Beifall zusammenfasste: „Die Qualität des Unterrichts ist wichtiger als die Schulform.“*

Um die Strukturdebatte zu beenden, hat die FDP Gespräche über einen Schulfrieden angeboten. *Dabei wurde beim Treffen der Schulpolitiker deutlich, dass bei allen Modellen einer Zusammenlegung von Schulformen die erfolgreiche Arbeit der*

*Realschulen nicht unter die Räder geraten dürfe und die Gymnasien unbedingt erhalten bleiben müssten.*

*Die nordrhein-westfälische FDP wird auf dieser Basis ihr Modell einer Regionalen Mittelschule ebenso weiterentwickeln wie den Vorschlag eines Schulfreiheitsgesetzes, das den Schulen bei klaren qualitativen Vorgaben umfassende pädagogische, strukturelle und finanzielle Autonomie einräumt.* Dafür wird der Dialog mit den Schulpolitikern vor Ort mit weiteren Veranstaltungen fortgesetzt, und Erfahrungen von Experten und Schulpolitikern anderer Bundesländer werden eingeholt. So kamen bei dem Treffen auch der niedersächsische Landtagsabgeordnete Björn Försterling und die hessische Bildungsreferentin Birgit Müller zu Wort, die die Modelle der Oberschule in Niedersachsen und der Mittelstufenschule in Hessen vorstellten. Sie lieferten wichtige Impulse für die Weiterentwicklung unserer Schulpolitik. Die FDP wird die Debatte in den kommenden Wochen fortsetzen.



## FDP-Fraktion verabschiedet Andreas Pinkwart

„Wehmütiger Tag für die FDP-Landtagsfraktion“

„Investieren Sie Ihre Zeit weiter in Nordrhein-Westfalen. Es ist ein tolles Land, für das sich Ihr Engagement lohnt.“ Mit diesen Worten verabschiedete sich Andreas Pinkwart an seinem letzten Tag als Abgeordneter des Landtags NRW von der FDP-Landtagsfraktion, ehemaligen Kabinettsmitgliedern und Abgeordnetenkollegen von CDU, SPD und Grünen.

Am 31. März hat der frühere Innovationsminister und stellvertretende Ministerpräsident des Landes NRW sein Landtagsmandat niedergelegt, um zurück in die Wissenschaft zu wechseln. Pinkwart ist neuer Rektor der Handelshochschule Leipzig.

Der FDP-Fraktion hatte Andreas Pinkwart bei der letzten gemeinsamen Sitzung für die erfolgreiche und gute Zusammenarbeit sowie die Unterstützung der Abgeordneten gedankt. „Wir haben auch

in schwierigen Situationen eine Menge erreicht. Ich denke gerne an diese Zeit zurück und bin weiterhin mit Nordrhein-Westfalen, der FDP und der Fraktion verbunden.“

FDP-Fraktionschef Gerhard Papke erklärte: „Das ist heute ein wehmütiger Tag. Wir sind eine weite Wegstrecke miteinander gegangen. Die FDP-Fraktion hat gemeinsam mit Andreas Pinkwart in der Regierungsverantwortung das Handeln der Koalition geprägt. Wir können stolz auf das sein, was wir gemeinsam geschafft haben.“ Als Innovationsminister habe Pinkwart weit über die Landesgrenzen hinaus Maßstäbe gesetzt. „Diese Arbeit wird Bestand haben, weil Andreas Pinkwart gezeigt hat, wie man ein Land freiheitlich gestalten kann.“ Beispielhaft seien dabei das Hochschulfreiheitsgesetz sowie das sozialverträgliche Studienbeitragsmodell, die unter Federführung des ehemaligen Inno-

vationsministers umgesetzt wurden. Die FDP-Landtagsfraktion wünscht Andreas Pinkwart für seine berufliche und persönliche Zukunft alles Gute und wird weiter in Kontakt mit ihm bleiben. Gerhard Papke: „Andreas Pinkwart wird ein wichtiger Impulsgeber für unsere Arbeit bleiben.“ Für Pinkwart ist der Duisburger Abgeordnete Holger Ellerbrock in den Landtag nachgerückt.



## Liberaler Kommunalpolitiker fordern mehr Bürgerbeteiligung



Die Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker sieht in der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger einen wichtigen Beitrag zum verantwortungs- und respektvollen Umgang mit politischen Entscheidungen. So wird die Akzeptanz der kommunalen Beschlüsse unterstützt, und dies führt zu einer höheren Identifikation mit Rat und Verwaltung vor Ort.

In der Vergangenheit hat es bereits wichtige Verbesserungen gegeben – weitere Maßnahmen müssen nun folgen.

Deswegen setzt sich die VLK für das Recht der Bürger ein, eine Abwahl des direktgewählten (Ober-)Bürgermeisters oder Landrats beantragen zu können.

Ebenso ist die VLK für eine Wahlrechtsreform, und wir unterstützen die Einführung der Stichwahl. Die Wähler müssen das Recht erhalten, sich in einem zweiten Wahlgang zwischen den beiden aussichtsreichsten Bewerbern entscheiden zu können, wenn bei mehreren Kandidaten keiner die absolute Mehrheit erhalten hat.

Natürlich ist die VLK auch bereit, über Alternativen wie das Zustimmung- oder Präferenzwahlrecht zu diskutieren. Zudem fordern wir die Einführung des Kumulierens und Panaschierens in NRW. So werden die Rechte und Möglichkeiten der Wählerinnen und Wähler gestärkt.

Aktuelle Informationen auch immer auf [www.vlk-nrw.de](http://www.vlk-nrw.de)

## Neumitglieder des Monats



### Dezember 2010

Niklas Rieken aus Tönisvorst

Der Gymnasiast besucht die 12. Klasse und ist vor der Landtagswahl bereits den Jungen Liberalen beigetreten. Für den 18-Jährigen ist der Liberalismus nicht nur eine Grundhaltung, sondern eine Lebensphilosophie. „Freiheit ist das höchste Gut für einen Menschen“, so Riekens Motto und gleichzeitig seine Motivation, sich nun als Vorsitzender des neu gegründeten JuLi-Verbandes in Tönisvorst zu engagieren.



### Januar 2011

Tatjana Teichrib aus Köln

Die gebürtige Weißrussin lebt seit zwölf Jahren in Deutschland und studiert Germanistik, Sozialwissenschaften und Wirtschaftswissenschaften an der Bergischen Universität Wuppertal. „Ich wurde in der ehemaligen UdSSR geboren und bin in Weißrussland aufgewachsen und zur Schule gegangen. Deswegen weiß ich besonders die Freiheit zu schätzen und zu schützen“, so die 30-Jährige. Aus ihrer Vergangenheit begründet, führte sie ihr Weg zu den liberalen Freiheitskämpfern.



### Februar 2011

Bernd Thein aus Freudenberg

Da dem 43-Jährigen die Freiheit in der Politik genauso wichtig ist wie auch private Freiheit, hat er seine politische Heimat bei der FDP gefunden. Er erkennt bei den Liberalen mehr als bei den anderen Parteien, dass diese für „die freiheitlich-demokratische Grundordnung stehen“. Genau für den Erhalt dieser will er nun als aktives Mitglied kämpfen. Dabei ist es dem fünffachen Familienvater wichtig, dass die gesellschaftliche Grundordnung auf den Pfeilern liberaler Ideen gestärkt und weiter vorangetrieben wird.



### März 2011

Dennis Müller aus Duisburg

„Ich habe mich der FDP angeschlossen, da die Ziele der Partei größtenteils mit meinen Vorstellungen für die Zukunft dieses Landes übereinstimmen“, so der 27-Jährige über seinen Beitritt bei den Liberalen. Müller hatte schon länger den Wunsch, sich politisch zu engagieren. Mit seiner Mitgliedschaft setzt er diesen Wunsch nun in die Tat um. Die größte politische Herausforderung besteht für Müller in der Erhaltung des bezahlbaren Sozialstaates. Der gelernte Groß- und Außenhandelskaufmann arbeitet als Teamleiter und stellvertretender Niederlassungsleiter in einem mittelständischen Stahlhandelsunternehmen.



### Freiwillige Helfer für das Ruhrgebiet – Buschmann besucht THW Gelsenkirchen

Zu einem Gespräch traf der Gelsenkirchener Bundestagsabgeordnete Marco Buschmann den Vorsitzenden der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk Gelsenkirchen (THW), Dirk Hohmann, und dessen Stellvertreter Roland Rudolf Radola. Das THW Gelsenkirchen ist für etwa ein Drittel des Ruhrgebietes zuständig. Bei seinem Besuch ließ sich Buschmann umfassend über die Ausrüstung und das Gebäude des THW informieren. Dabei zeigte sich

Buschmann ausgesprochen beeindruckt von dem enormen freiwilligen Engagement der vielen Helfer beim THW.



### Hoyer trifft Königin Beatrix der Niederlande

Königliche Bekanntschaft machte Staatsminister Dr. Werner Hoyer Anfang April. Königin Beatrix der Niederlande besuchte in Begleitung von Kronprinz Willem-Alexander und Kronprinzessin Máxima Berlin. Am Empfang anlässlich des Staatsbesuchs im Schloss Bellevue nahm auch der liberale Staatsminister Hoyer teil, der „die herzliche Atmosphäre als Ausdruck der exzellenten Beziehungen“ zwischen Deutschland und den Niederlanden lobte.

### Bijan Djir-Sarai wird „fairer Kaffeetrinker“

Gemeinsam mit CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe besuchte der FDP-Abgeordnete Dr. Bijan Djir-Sarai das Büro der Neusser Eine-Welt-Initiative (NEWI). Als Ausdruck ihrer Unterstützung des Gedankens des fairen Handels verpflichteten sich die beiden lokalen Abgeordneten, ab sofort in ihren Büros nur noch fair gehandelten Kaffee zu trinken. Zur Ausstattung ihrer Berliner Büros deckten sich Djir-Sarai und Gröhe vor Ort mit Päckchen des fair gehandelten „Neuss Café“ ein.



Ingrid Pieper-von Heiden, Sprecherin für Bildung der FDP-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen

### Schulversuch muss gestoppt werden

Schlappe für Rot-Grün in der Schulpolitik: Das Verwaltungsgericht Arnsberg hat die Gründung der Gemeinschaftsschule in Finnentrop als rechtswidrig eingestuft. Die Begründung des Gerichts: Die Gemeinschaftsschule sei Teil einer neuen Schulform, die nicht auf Basis eines Schulversuchs ohne gesetzliche Grundlage zulässig sei. Damit droht eines der zentralen politischen Vorhaben von SPD und Grünen Schiffbruch zu erleiden. „Der vorläufige Stopp ist ein massiver Rückschlag für die trickreiche Schulversuchspolitik der Landesregierung“, kommentierte Ingrid Pieper-von Heiden das Urteil. Die FDP-Bildungsexpertin kritisierte, dass die Koalition eine neue Schulform am Parlament vorbei einführen wolle. „Die Schulversuchspolitik hat sich als Irrweg erwiesen.“ Die FDP-Fraktion fordert nun, dass die Regierung den Modellversuch stoppt und Gespräche mit FDP und CDU über einen Grundkonsens in der Schulpolitik aufnimmt. „Die FDP ist zu solchen Gesprächen bereit.“ Die Schulministerin hat allerdings angekündigt, vor das Oberverwaltungsgericht zu ziehen, um dort die Rechtsgültigkeit ihrer Schulpolitik gegen das Urteil eines Verwaltungsgerichts durchzukämpfen. Sollte sie dort scheitern, bedeute dies das endgültige Aus für den Schulversuch.

### Holger Ellerbrock ist in den Landtag nachgerückt

Der Duisburger FDP-Politiker Holger Ellerbrock ist am 1. April 2011 erneut in den nordrhein-westfälischen Landtag eingezogen. Der 63-Jährige war bereits während der 13. und 14. Wahlperiode Mitglied der FDP-Fraktion im Düsseldorfer Landtag. Der Umweltpolizist rückt für Andreas Pinkwart nach, der sein Mandat am 31. März niedergelegt hat. Der ehemalige stellvertretende Ministerpräsident wechselt zurück in die Wissenschaft und ist neuer Rektor der Handelshochschule Leipzig.



Holger Ellerbrock, Sprecher im Petitionsausschuss der FDP-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen



Kai Abruszat, Sprecher für Umwelt der FDP-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen

### Bürgerfreundliche Lösung bei der Dichtheitsprüfung

Die FDP-Landtagsfraktion setzt sich für eine bürgerfreundliche und pragmatische Lösung bei der Dichtheitsprüfung privater Hausanschlüsse ein. Die Belastungen für die Bürger, die durch die landesweit gesetzlich geregelte Dichtheitsprüfung anfielen, stünden nicht im Verhältnis zum Nutzen, der sich aus einer solchen Prüfung ergebe, erklärt Kai Abruszat, umweltpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion. „Fast alle anderen Bundesländer verzichten auf eine solche Prüfung. Der nordrhein-westfälische Sonderweg bei der Dichtheitsprüfung muss deshalb ein Ende haben.“ Die FDP fordert, die Dichtheitsprüfung künftig nach niedersächsischem Vorbild umzusetzen und den Kommunen die Hoheit über ihre Abwassersatzungen zurückzugeben. Die FDP möchte, dass die bislang gültigen starren Fristen bei der Dichtheitsprüfung privater Abwasseranlagen in NRW aufgehoben werden.

### Rot-Grün schadet dem ländlichen Raum

Die FDP hat die Landesregierung aufgefordert, ihren Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) grundlegend zu überarbeiten. Denn Rot-Grün plant eine massive Umverteilung innerhalb des kommunalen Finanzausgleichs – gerade dem kreisangehörigen Raum werden dadurch rund 133 Millionen Euro entzogen. Horst Engel ist über das Vorgehen des NRW-Innenministers entsetzt. Kritik übt der FDP-Kommunalexperte an den kurzfristig, erst zum Jahresende bekannt gegebenen Änderungen bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen. „Die intensiv beratenden Kommunalhaushalte sind so mit einem Federstrich Makulatur geworden.“ Verheerend sei, dass durch die Neujustierung zahlreichen Kommunen im kreisangehörigen Raum die Schlüsselzuweisungen um 60 bis 80 Prozent eingebrochen seien. Engel: „Vielen Kommunen droht nun, in die Haushaltssicherung oder ins Haushaltsnotrecht zu geraten.“ Sorge bereitet ihm zudem, dass Rot-Grün die fiktiven Grund- und Gewerbesteuerhebesätze anheben will. „Kommunen, die durch niedrige Realsteuern eine wirtschafts- und einwohnerfreundliche Standortpolitik betreiben, werden dann indirekt zu Steuererhöhungen gezwungen.“ Auch die geplante Kürzung der „Abwassergebührenhilfe“ für Gemeinden mit schwierigen topographischen Verhältnissen treffe vor allem den ländlichen Raum. „Rot-Grün spaltet mit diesen Plänen die kommunale Familie.“ Dazu trage auch die wohl gravierendste Änderung des GFG bei: die überproportionale Anhebung des „Soziallastenansatzes“, von dem vorrangig größere Städte mit vielen SGB-II-Empfängern profitieren. Für die FDP ist unstrittig, dass den Kommunen wegen der stetig anwachsenden Sozialausgaben geholfen werden muss. „Aber nicht durch eine Umverteilung der Finanzausgleichsmasse. Für diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe müssen zusätzliche Mittel auf übergeordneten Ebenen bereitgestellt werden.“ Die FDP fordert daher eine umfassende Überarbeitung des GFG.



Horst Engel, Sprecher für Kommunalpolitik der FDP-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen



Von links nach rechts: der Vorstandsvorsitzende des Ruhrverbandes, Harro Bode, der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Ralf Witzel, der künstlerische Leiter der RUHR.2010, Dieter Gorny, und Angela Freimuth, Vizepräsidentin des Landtags.

### „Kulturhauptstadt im Dialog“

„Wie geht es weiter mit dem Standort Ruhr, und was bleibt vom Kulturhauptstadtjahr übrig?“ – Diese Frage hat die FDP-Landtagsfraktion bei einem Kulturdialog in Essen mit rund 100 Gästen aus der Region diskutiert. Ralf Witzel, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion, zog gemeinsam mit FDP-Kulturexpertin Angela Freimuth sowie dem künstlerischen Leiter der RUHR.2010, Dieter Gorny, und dem Vorstandsvorsitzenden des Ruhrverbandes, Harro Bode, eine positive Bilanz des zurückliegenden Jahres. „Das Kulturhauptstadtjahr war ein großer Erfolg und hat wichtige Impulse zur Entwicklung der Region gegeben“, sagte Witzel. Angela Freimuth resümierte: „Auf die Kulturhauptstadt können alle Essener stolz sein.“ Im Ruhrgebiet sei eindrucksvoll unter Beweis gestellt worden, wie durch Kultur Identität gestiftet werden könne. Ziel müsse es nun sein, weitere Potenziale in der Region zu wecken und Nachhaltigkeit zu erreichen.





Robert Orth,  
Sprecher  
für Recht  
der FDP-Fraktion  
im Landtag  
Nordrhein-  
Westfalen

### Datenschutz darf nicht aufgeweicht werden

Eine Aufweichung des Datenschutzes sowie gravierende Eingriffe in die persönliche Privatsphäre der Bürger befürchtet FDP-Rechtsexperte Robert Orth durch die rot-grüne Regierung. „Innenminister Jäger hat wiederholt die Einführung der Vorratsdatenspeicherung gefordert.“ Die FDP lehnt die Registrierung elektronischer Kommunikationsvorgänge wie Telefonate oder Internetverbindungen ohne Anfangsverdacht auf eine Straftat oder konkrete Gefahr ab. „Wir wollen in keinem Polizeistaat leben, der in allen Bürgern potenzielle Straftäter sieht. Der Staat muss auch die Privatheit der Bürger schützen.“



Christof Rasche,  
Sprecher für  
Verkehr, stellv.  
Vorsitzender  
der FDP-Fraktion  
im Landtag  
Nordrhein-  
Westfalen

### Wichtigen Straßenbauprojekten droht das Aus

FDP-Vizefraktionschef Christof Rasche befürchtet, dass SPD und Grüne den Ausbau wichtiger Straßenbauprojekte blockieren wollen. „Diese Strategie wird sich negativ auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung auswirken.“ Zwar müsse mehr Geld in die Straßenerhaltung investiert werden, aber dies dürfe nicht gegen Aus- und Neubau von Straßen ausgespielt werden. Verärgert ist der FDP-Verkehrsexperte darüber, dass die Landesregierung bislang nicht über ihre wahren Absichten in der Straßenbaupolitik informiert habe. „Die wiederholt eingeforderte Liste, welche Maßnahmen nach rot-grüner Definition als ‚in der Region umstritten‘ gelten und damit vor dem Aus stehen, muss endlich vorgelegt werden.“



Stefan Romberg,  
Sprecher für  
Arbeit,  
Gesundheit  
und Soziales  
der FDP-Fraktion  
im Landtag  
Nordrhein-  
Westfalen

### Romberg fordert Transparenz bei Erdgasbohrungen

In der Diskussion über Probebohrungen nach unkonventionellem Erdgas wirft FDP-Gesundheitsexperte Stefan Romberg der rot-grünen Landesregierung vor, Öffentlichkeit und Parlament zu täuschen. Entgegen den Aussagen der Landesregierung wurde in den 90er-Jahren das sogenannte Frac-Verfahren bereits angewendet, bei dem Chemikalien in den Boden gepumpt werden. „Die Bürger werden durch eine grotten-schlechte Informationspolitik verschaukelt.“ Romberg fordert Transparenz darüber, ob bei den Probebohrungen giftige Chemikalien ins Erdreich und Grundwasser gelangt sind.



Frank Schäffler,  
Vorsitzender der  
FDP-Arbeitsgruppe  
Bürokratieabbau  
im Deutschen  
Bundestag

### Frank Schäffler zum Wächter des Mittelstands ernannt

Der Vorsitzende der FDP-Arbeitsgruppe Bürokratieabbau im Deutschen Bundestag, Frank Schäffler, wurde mit dem Deutschen Mittelstandspreis in der Kategorie „Kustos des mittelständischen Unternehmertums“ ausgezeichnet. Schäffler zeige in der Euro-Krise mit seinem konsequenten Handeln in herausragender Weise Rückgrat, so die Juroren in ihrer Begründung. Der Deutsche Mittelstandspreis wird alljährlich von der Verlagsgruppe „markt intern“ vergeben und gilt als einer der renommiertesten Wirtschaftspreise in Deutschland.



Petra Müller,  
Sprecherin für  
Stadtentwicklungs-  
politik der  
FDP-Bundestags-  
fraktion

### Petra Müller ab sofort Mitglied im Rat der Bundesstiftung Baukultur

Die Sprecherin für Stadtentwicklungspolitik im Deutschen Bundestag, Petra Müller, wurde in den Rat der Bundesstiftung Baukultur ernannt. Diese setzt sich für die Bewahrung der gebauten Umwelt ein und leistet einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung unseres kulturellen Erbes. Müller bezeichnet es als „Zukunftsaufgabe, technische Innovation und das Baudenkmal in Einklang zu bringen“. Die Stiftung wirbt für Qualität, Nachhaltigkeit und Leistungsfähigkeit beim Planen und Bauen.



Christian Lindner,  
Generalsekretär  
der FDP

### Christian Lindner als bester Redner des Jahres 2010 ausgezeichnet

Eine besondere Auszeichnung erhielt vor Kurzem FDP-Generalsekretär Christian Lindner. Er setzte sich beim „5. Redner- und Dialogpreis“ in der Kategorie „Bester Redner 2010“ durch. Die Laudatio auf Preisträger Lindner hielt der Vorjahresgewinner Norbert Röttgen. Neben Lindner waren auch der ehemalige Verteidigungsminister zu Guttenberg und Bundesfinanzminister Schäuble nominiert. Verliehen wird der Preis jährlich von „re:publik – Institut für Zukunftspolitik“.

Herausgeber: FDP-Landesverband und FDP-Landtagsfraktion.  
 Redaktion: verantwortlich für Inhalt und Seiten der FDP-Fraktion Wibke Op den Akker; verantwortlich für Inhalt und Seiten des Landesverbandes Moritz Kracht.  
 Anschrift der Redaktion: FDP-NRW, Wolfgang-Döring-Haus, Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf, info@fdp-nrw.de; FDP-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, fdp-fraktion@landtag.nrw.de  
 Verlag: Liberale Wirtschafts-Dienstleistungs GmbH (LWD) | Konzept und Beratung: Helmut Vandenberg | Grafik und Technik: picton WEBBEATELIER, Düsseldorf  
 Produktion: liberalVerlag, Reinhardtstraße 16, 10117 Berlin | Druck: altmann-druck GmbH, Berlin  
 liberal.nrw | Das FDP-Magazin von Partei und Fraktion in Nordrhein-Westfalen erscheint viermal im Jahr.